

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Eduard Lintner, Eckart von Klaeden, Klaus Brähmig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Lothar Mark, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Niels Annen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 16/9072 –**

### **Eine starke Partnerschaft – Europa und Lateinamerika/Karibik**

#### **A. Problem**

Am 16. Mai 2008 fand in der peruanischen Hauptstadt Lima der fünfte EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel statt. Im Vorfeld dieses Ereignisses stellen die Antragsteller fest, dass es das Ziel sein müsse, die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union (EU) und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (LAK) durch den Austausch über gemeinsame Interessen und über wichtige globale Fragestellungen und multilaterale Ansätze zu stärken.

Die historisch gewachsenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen basieren auf einer Vielzahl gemeinsamer Werte und Interessen und sind traditionell geprägt von wechselseitiger Sympathie und Vertrautheit: Beide Regionen setzen sich für die Achtung der Menschenrechte, die Stärkung der Demokratie und eines effektiven Multilateralismus sowie für die friedliche Beilegung von Konflikten und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein. Diese gemeinsamen Werte machen aus Lateinamerika/Karibik und Europa natürliche Bündnispartner.

Die Antragsteller führen aus, dass zu den gemeinsamen Werten und Zielen gehören:

- die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an den Prozessen der Vereinten Nationen,
- die institutionelle Verankerung der Universalität der Menschenrechte, unter anderem durch die Arbeit des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte,
- gerechtere und sozialere Gestaltung des Globalisierungsprozesses,
- Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen,
- Erhalt der Biodiversität und Ressourcenschutz,
- Stärkung demokratischer Strukturen in den Staaten Lateinamerikas und der Karibik,

- Integration der indigenen Völker sowie
- Stärkung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik.

Die Antragsteller stellen fest, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Lateinamerika/Karibik sehr intensiv sind. Für die Region LAK ist die EU größter ausländischer Investor und mit rund 13 Prozent zweitwichtigster Handelspartner. Darüber hinaus ist die Europäische Union größter Geber von Entwicklungszusammenarbeit für die Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Von 2001 bis 2005 hat die EU jährlich fast 500 Mio. Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt für die Region LAK bereitgestellt. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit Deutschlands und anderer Mitgliedstaaten der EU mit Ländern der Region LAK hat eine lange Tradition und wird in der dortigen Öffentlichkeit positiv wahrgenommen.

Nach Auffassung der Antragsteller wird der Klimawandel als gemeinsame Herausforderung begriffen. Die bestehende biregionale Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika und der Karibik fußte bislang vor allem auf den Säulen politischer Dialog, Handel und Kooperation. Mit dem Klimawandel ist ein wichtiges neues Thema für den politischen Dialog in den Vordergrund getreten, welches für beide Seiten von großer strategischer Bedeutung ist. Die ehrgeizige Selbstverpflichtung der EU und die Tatsache, dass die Region LAK als Emissionsverursacher mit großem Reduktionspotenzial sowie auf Grund seines Ressourcenreichtums für die EU nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich interessant ist, erhöhen die potenziellen Chancen, die dieser Themenbereich für den biregionalen Dialog bietet.

Die rasant steigende Energienachfrage in den Schwellenländern, die wachsende Instabilität in einigen Produzentenländern und der Weltklimabericht 2007 haben gezeigt, dass ein gemeinsames Handeln der Staaten in der Energie- und Klimapolitik immer dringlicher wird. Sowohl in Europa als auch in Lateinamerika/Karibik stehen diese Herausforderungen im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Für die aufstrebenden Volkswirtschaften Lateinamerikas und der Karibik ist eine stabile, effiziente und kostengünstige Energieversorgung wichtig. Neue Felder der Kooperation werden identifiziert. Die Förderung erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Industrieanlagen könnte in Entwicklungsländern vorangebracht und gleichzeitig der Klimaschutz erhöht werden. Eine weitere Kooperation bietet sich bei Biokraftstoffen an.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu Lateinamerika/Karibik sind, so die Antragsteller, geprägt von der zunehmenden Heterogenität Lateinamerikas. Eine differenzierte bilaterale Zusammenarbeit ist durch den Abschluss von Assoziierungsabkommen mit Mexiko und Chile eingeleitet, deren Potenzial allerdings bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Über regionale Abkommen mit dem MERCOSUR, der Andengemeinschaft sowie Zentralamerika wird verhandelt. Insbesondere das Abkommen mit dem MERCOSUR, das bereits seit 1999 verhandelt wird, sollte nach den erheblichen Verzögerungen endlich zügig zu einem Abschluss gebracht werden. Gerade der MERCOSUR mit seiner expliziten Demokratieklausele und seinem tragfähigen Integrationskonzept ist ein wichtiger Partner für Dialog und Handel. Neben wirtschaftlichem Wachstum müssen ILO-Sozialstandards und Sozialklauseln wichtiger Bestandteil der Assoziierungsabkommen sein. Ein auf fairen, vergleichbaren Sozialstandards beruhender internationaler Wettbewerb liegt letztlich auch im Eigeninteresse der Europäischen Union.

Der erreichte Institutionalisierungsgrad in Lateinamerika und der Karibik liegt noch weit hinter dem der EU zurück. Die Bemühungen um einen Ausbau der politischen und infrastrukturellen Kooperation sollten von Europa sichtbar unterstützt werden. Gerade sie können neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit

eröffnen. Denn das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell mit seiner Idee von Chancengleichheit und Solidarität übt ungebrochene Anziehungskraft aus und stellt einen attraktiven Bezugspunkt für die Ansätze zur Überwindung struktureller Asymmetrien in Lateinamerika dar.

Mit Blick auf das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik wird die Bundesregierung daher aufgefordert,

- sich mit den LAK-Staaten im multilateralen Rahmen, insbesondere im Vorfeld wichtiger Konferenzen, noch enger und systematischer abzustimmen,
- die Zusammenarbeit auch in Sicherheitsfragen weiterzuentwickeln und gemeinsam dafür zu sorgen, dass Abrüstung wieder einen höheren Stellenwert auf der internationalen Agenda erhält und dass die Nichtverbreitungsregime für Waffen und Massenvernichtungsmittel gestärkt und die internationale Rüstungskontrolle ausgebaut werden,
- den politischen Dialog auch mit neu entstandenen Bewegungen und politischen Kräften als Prävention zur Verhinderung von Krisen und zur Gestaltung des sozialen Wandels mit den Eliten der Länder zu führen,
- konkrete politische Beratungsmaßnahmen in Sektoren wie Demokratieförderung, Good Governance, Staatsmodernisierung oder Förderung der regionalen Integration auch mit neuen Partnern durchzuführen und dabei intensiv auf die bewährte Arbeit der politischen Stiftungen zurückzugreifen,
- den strategischen Dialog mit Mexiko und Brasilien als gewichtige internationale Akteure auf allen Ebenen weiterhin intensiv zu pflegen,
- in den wichtigen Bereichen der Krisenprävention, Konfliktlösung, Friedensentwicklung, Demokratisierungshilfe und Achtung der Menschenrechte verstärkt mit geeigneten Partnern zusammenzuarbeiten,
- sich auf internationaler Ebene gemeinsam für eine größere Transparenz der Finanzmärkte, eine angemessene Regulierung und Überwachung sowie wirksame Wettbewerbsregeln einzusetzen,
- bei den europäischen Partnern und der Europäischen Kommission auf den zügigen Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem MERCOSUR zu drängen,
- darauf hinzuwirken, dass die ebenfalls begonnenen Assoziierungsverhandlungen mit der Andengemeinschaft und den Ländern des Zentralamerikanischen Integrationssystems zügig weitergeführt werden,
- die Zusammenarbeit in den zukunftssträchtigen Bereichen der Reduzierung klimaschädlicher Gase durch den Emissionshandel, des Ressourcenschutzes und der energiepolitischen Kooperation bei der Förderung erneuerbarer Energien und bei Biokraftstoffen intensiv voranzutreiben,
- darauf hinzuwirken, dass sich beide Seiten für eine effektivere Drogenbekämpfung einsetzen und
- die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regionen weiter auszubauen und ein Konzept für die kulturelle und bildungspolitische Zusammenarbeit sowie die Koordinierung eines effektiven, modernen Außenauftritts Deutschlands zu entwickeln.

## **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/9072 anzunehmen.

Berlin, den 4. Juni 2008

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Dr. Karl-Theodor  
Freiherr zu Guttenberg**  
Berichterstatter

**Niels Annen**  
Berichterstatter

**Marina Schuster**  
Berichterstatterin

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Niels Annen, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9072** in seiner 161. Sitzung am 9. Mai 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der

Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

### III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Berlin, den 4. Juni 2008

**Dr. Karl-Theodor  
Freiherr zu Guttenberg**  
Berichterstatter

**Niels Annen**  
Berichterstatter

**Marina Schuster**  
Berichterstatterin

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin



